



Einfallstor

Wie sieht Die Linke den Bundeswehr-Einsatz zur Giftgasvernichtung im Mittelmeer? Interview

3

Black Box

BKA-Chef Ziercke vor dem Innenausschuß des Bundestages: Keiner hat was gewußt. Von Ulla Jelpke

5

Vormachtsträume

Polen und baltische Staaten fordern NATO-Truppen an. Rußland warnt vor »Sprache des Kalten Krieges«

7

Bestandsaufnahme

In der BRD nimmt die revisionistische Diskussion über den Ersten Weltkrieg Fahrt auf

10

Protest gegen Wahlbetrug

Türkei: Erhebliche Differenzen zwischen Ergebnissen der Stimmenausschüttung durch freiwillige Beobachter und zentrale Kommission. Wasserwerfer gegen Demonstranten. **Von Nick Brauns**

Nach den Kommunalwahlen in der Türkei wird die islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan immer lauter des Betrugs bezichtigt. Bei den Wahlen am Sonntag erhielt die AKP trotz massiver Korruptionsvorwürfe rund 45 Prozent der Stimmen. Das amtliche Endergebnis steht noch aus.

Tausende freiwillige Beobachter hatten die Stimmenausschüttung in den Wahllokalen dokumentiert. Verglichen mit den Zahlen im Computersystem der zentralen Wahlkommission ergaben sich dabei teilweise deutliche Differenzen. So überstieg die Menge der abgegebenen Stimmen in einigen Wahllokalen diejenige der Wahlberechtigten. Allein in Ankara sollen nach Angaben der dort bei den Oberbürgermeisterwahlen mit 0,9 Prozent oder 30000 Stimmen unterlegenen kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP) 70 000 Stimmen Oppositioneller verlorengegangen sein. Die CHP fordert unter anderem in Istanbul und Ankara eine Neuausschüttung. Wahlbeobachter der Regierungsgegner übernachteten in den letzten Tagen auf den Säcken mit den Stimmzetteln, damit diese nicht gestohlen werden. In Ankara ging die Polizei am Dienstag nachmittag mit Wasserwerfern gegen Anhänger der kemalistischen und faschistischen Oppositionsparteien vor, die vor der zentralen Wahlbehörde protestierten.

Unterdessen präsentierte Energieminister Taner Yildiz am Dienstag einen neuen Schuldigen für einen Stromausfall, der während der Stimmenausschüttung in Teilen Ankaras für Dunkelheit gesorgt hatte: Eine Katze



Anhänger der Opposition bei einer Protestdemonstration am Dienstag in Ankara

sei in eine Verteilerstation eingedrungen und habe ein Kabel beschädigt. In den kurdischen Landesteilen tauchten in mehreren Orten verbrannte oder weggeworfene Stimmzettel auf. So wurden in der Kleinstadt Hasankeyf, wo die AKP mit nur acht Stimmen Mehrheit den Sieg beanspruchte, auf einem Müllhaufen hinter einem Wahllokal 1500 Wahlscheine mit Stimmen für die linkskurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) gefunden. Die BDP hatte hier bis zu einem Stromausfall während der Ausschüttung in Führung gelegen.

Zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt es in der an Syrien grenzenden bislang BDP-regierten Stadt Ceylanpinar in der Provinz Urfa, in der nun die AKP die Führungsrolle für sich reklamiert. In vier Wahllokalen des Distrikts seien Scheine mit Stimmen für die BDP verbrannt worden. Beobachtern dieser Partei hätte man gewaltsam das Betreten der Wahllokale verweigert. Einwohner einiger Orte seien zur offenen Stimmabgabe gezwungen und in einem Dorf alle 300 Stimmzettel von derselben Person ausgefüllt worden, so der Provinzvoritzende der BDP, Celalettin Erkmen.

BDP-Anhänger, die gegen den Wahlbetrug auf die Straße gingen, wurden nach Berichten der Agentur *Firat* nicht nur von der Polizei, sondern auch von bewaffneten Al-Qaida-Sympathisanten attackiert. Ceylanpinar grenzt direkt an die auf syrischer Seite gelegene Stadt Serekaniye, wo kurdische Volksverteidigungskräfte (YPG) im vergangenen Jahr nach heftigen Kämpfen mit dschihadistischen Milizen der Al-Nusra-Front die Kontrolle übernommen haben. Die zu Al-Qaida gehörende Al-Nusra-Front operierte dabei mit Unterstützung der AKP von Ceylanpinar aus, während ihr türkische Panzer über die Grenze Feuerschutz gaben.

Thailand: Yingluck muß vor Gericht



BANGKOK. Die thailändische Ministerpräsidentin Yingluck Shinawatra (Foto) muß sich wegen Amtsmissbrauchs vor Gericht verantworten. Das Verfassungsgericht in Bangkok ließ am Mittwoch eine Petition gegen Yingluck zu. Ihr wird vorgeworfen, bei der Absetzung des früheren Chefs des Nationalen Sicherheitsrats, Thawil Pliensri, ihre Macht als Regierungschefin mißbraucht zu haben. Ihre Gegner behaupten, sie habe den Posten für einen Verwandten frei machen wollen. Laut Gerichtsmitteilung muß Yingluck binnen 15 Tagen nach Zustellung der Papiere zur Anhörung erscheinen. Sollte sie des Verfassungsbruchs schuldig gesprochen werden, könnte ihr gesamtes Kabinett entlassen werden, das der Absetzung Thawils im September 2011 zugestimmt hatte. Regierungsgegner demonstrieren seit Monaten für die Absetzung der Regierung und die Verbannung des Yingluck-Clans aus der Politik. (dpa/jw)

Deutsche Kraftwerke besonders dreckig

HAMBURG. Die ambitionierten Klimaziele Deutschlands entpuppen sich angesichts der vermehrten Kohlestromproduktion als heiße Luft. Fünf der zehn klimaschädlichsten Braunkohlekraftwerke in der Europäischen Union stehen in Deutschland. Das meldete *Spiegel online* am Mittwoch und beruft sich auf aktuelle Zahlen der EU-Kommission. Die Kraftwerke von Vattenfall und RWE zählten dabei auf einer veröffentlichten Liste zu den schlimmsten Klimakillern.

Rund die Hälfte der 212 Millionen Tonnen CO₂, die laut dieser Aufstellung im Jahr 2013 produziert wurden, gingen auf das Konto der deutschen Kraftwerke. »Die beiden Spitzenreiter der Liste stoßen jeweils etwa soviel CO₂ aus wie Slowenien in einem Jahr«, sagte Damien Morris von der Umweltschutzorganisation Sandbag gegenüber *Spiegel online*. (jw)

Junge Welt wird herausgegeben von 1529 Genossinnen und Genossen (Stand 31.3.2014). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

Mindestlohn mit Macken

Bundesregierung will gesetzliche Untergrenze. Aber zahlreiche Ausnahmen vorgesehen

Die Bundesregierung hat den von Union und SPD vereinbarten flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro auf den Weg gebracht. Das Kabinett billigte am Mittwoch den Gesetzesentwurf von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD). Der Mindestlohn soll ab 2015 für alle Beschäftigten gelten – mit zahlreichen Ausnahmen: Auf der Grundlage bestimmter Tarifverträge darf er bis Ende 2016 noch unterschritten werden. Für Minderjährige, Auszubildende und die meisten Praktikanten soll

die Lohnuntergrenze nicht gelten. Auch Langzeitarbeitslosen muß in den ersten sechs Monaten einer neuen Beschäftigung kein Mindestlohn gezahlt werden.

Nahles sicherte zudem »Sonderregelungen« für Erntehelfer und Zeitungszusteller zu. Für Erntehelfer ist eine bundesweite Regelung im Gespräch, die bis Ende 2016 ein Unterschreiten des Mindestlohns erlauben würde. Für den Bereich der Zeitungszustellung wurde demnach verabredet, »gemeinsam Lösungen zur Bewältigung der Herausforderungen zu erarbeiten«.

Die 8,50 Euro pro Stunde sind der Entschließung zufolge bis Ende der Legislaturperiode fixiert. Eine Erhöhung soll es erstmals ab 2018 geben können.

Aus der Wirtschaft gab es dennoch und wie zu erwarten heftige Kritik: Das Mantra dort: Der Mindestlohn wird Arbeitsplätze vernichten. Der Präsident des Handwerkszentralverbands, Hans Peter Wollseifer, forderte eine höhere Altersgrenze, damit junge Leute nicht von einer Ausbildung abgehalten würden, die schlechter bezahlt würde als ein Hilfsjob.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband wertete die Schlechterstellung von Langzeitarbeitslosen dagegen als »üble Diskriminierung« und Einstieg in einen »Zwei-Klassen-Arbeitsmarkt«. Auch ver.di-Chef Frank Bsirske kritisierte die geplanten Ausnahmen. Im *RBB-Inforadio* sagte er, der Mindestlohn solle vor Lohndumping schützen. »Das muß für Langzeitarbeitslose genauso gelten wie für jedermann und jede Frau.« (jw/AFP/dpa)

◆ Siehe Kommentar auf Seite 8

